



Haushalts- und Finanzausschuss

28. Sitzung (öffentlich)

14. Dezember 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 11.45 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002**

Gesetzesentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/1402, 13/1700 (1. Ergänzung) und 13/1790 (2. Ergänzung)

in der Fassung nach der 2. Lesung

Drucksache 13/1817

Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

-

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit 10 Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen 9 Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen ohne Aussprache, den **Gesetzesentwurf** der Landesregierung - Drucksachen 13/1402, 13/1700 und 13/1790 in Verbindung mit den Vorlagen 13/946 und 13/1008 - in der Fassung nach der zweiten Le-

sung - Drucksache 13/1817 - zur dritten Lesung **abzulehnen.**

Berichterstatter: Manfred Palmen (CDU)

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/1400, 13/1700 (1. Ergänzung) und 13/1790 (2. Ergänzung)

in der Fassung nach der 2. Lesung

Drucksachen 13/1800 bis 13/1805, 13/1808, 13/1810 bis 13/1816

Vorlagen 13/1166 und 13/1174

Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

1

Der Ausschuss **nimmt** drei **Änderungsanträge aller Fraktionen** (*s. Anhang 1 zu Drucksache 13/1900*) ohne Diskussion einstimmig **an.**

Sodann wird **Vorlage 13/1166** des Finanzministeriums von allen Fraktionen zum Antrag erhoben und ebenso einstimmig **angenommen.**

Der **Bereinigungsbeschluss** zum Haushalt (*s. S. 4 f. der Drucksache 13/1900*) wird einstimmig **gefasst.**

Gesamtabstimmung: Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung - Drucksachen 13/1400, 13/1700 und 13/1790 in der Fassung nach der zweiten Lesung - Drucksachen 13/1800 bis 13/1805, 13/1808, 13/1810 bis 13/1816 - mit den beschlossenen Änderungen zur dritten Lesung **anzunehmen.**

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

3 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2002 bis 2005

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 13/1401

2

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP, die **Finanzplanung** - Drucksache 13/1401 - **zur Kenntnis zu nehmen.**

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

4 Zustimmung zur Veräußerung eines Grundstücks des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW in Medebach-Glindfeld

Vorlage 13/1035

3

Entsprechend dem Votum des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **empfiehlt** der Ausschuss nach kurzer Diskussion dem Landtag einstimmig, der Veräußerung **zuzustimmen.**

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

5 Beteiligung des Landesvermessungsamtes am CeGi Center for Geoinformation GmbH

Vorlagen 13/1061 und 13/1159

4

Entsprechend dem Votum des Unterausschusses "Landesbetriebe und Sondervermögen" **erklärt sich** der Ausschuss ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP mit der Beteiligung des Landesvermessungsamtes **einverstanden.**

6 Verschiedenes

- a) Unternehmensteuerreform** 5

Minister Peer Steinbrück (FM) berichtet über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses und beantwortet sich ergebende Fragen.

- b) Wahlwerbung auf dem Deckblatt der Unterlagen für die Steuererklärung?** 7

StS Dr. Noack (FM) nimmt Stellung.

Aus der Diskussion

1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/1402, 13/1700 (1. Ergänzung) und 13/1790 (2. Ergänzung)

in der Fassung nach der 2. Lesung

Drucksache 13/1817

Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

Aus dem **Ausschuss** ergeben sich keine Wortmeldungen. Änderungsanträge werden nicht gestellt. - Der **Vorsitzende** lässt abstimmen (*Ergebnis siehe Beschlussteil*).

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2002 (Haushaltsgesetz 2002) und Gesetz zur Änderung und Aufhebung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2002) und Gesetz zur Überleitung von Lehrkräften mit den Befähigungen für die Lehrämter für die Sekundarstufen I und II an Gymnasien und Gesamtschulen in die Besoldungsgruppe A 13 (höherer Dienst)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/1400, 13/1700 (1. Ergänzung) und 13/1790 (2. Ergänzung)

in der Fassung nach der 2. Lesung

Drucksachen 13/1800 bis 13/1805, 13/1808, 13/1810 bis 13/1816

Vorlagen 13/1166 und 13/1174

Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

Vorsitzender Volkmar Klein lässt zuerst über die als Tischvorlage verteilten Änderungsanträge aller Fraktionen (*s. Anhang 1 zur Drucksache 13/1900*) abstimmen. - Alle drei Anträge werden vom **Ausschuss** einstimmig angenommen.

Der **Vorsitzende** ruft sodann Vorlage 13/1166 des Finanzministeriums zur Beratung auf. Er möchte wissen, ob das darin zum Ausdruck gebrachte Anliegen der Landesregierung, die

Einstellungsverpflichtungen von Schwerbehinderten in den Ressorts von 150 auf 200 zu erhöhen, von allen Fraktionen als Antrag übernommen werde.

Helmut Diegel (CDU) bittet zunächst zu erläutern, wieso dieser Vorgang kostenneutral bleibe.

StS Dr. Noack (FM) legt dar, das, was bisher nicht gelungen sei, nämlich Schwerbehinderte entsprechend der Quote einzustellen, solle künftig zwangsweise geschehen. Deshalb würden Personalmittel aus dem Bereich der üblichen Personalbewirtschaftung in den Pool der Einstellungen für Schwerbehinderte umgeschichtet.

Vorlage 13/1166 wird sodann von **allen Fraktionen** zum Antrag erhoben und vom **Ausschuss** einstimmig angenommen.

Anschließend fasst der Ausschuss den Bereinigungsbeschluss und nimmt die Schlussabstimmung vor (*Ergebnisse s. Beschlussteil*).

3 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2002 bis 2005

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 13/1401

Vorsitzender Volkmar Klein bemerkt, bei der 3. Lesung des Haushaltsentwurfs 2001 sei die Frage gestellt worden, warum der Haushalts- und Finanzausschuss über die Kenntnisnahme der Finanzplanung abstimmen müsse. Die zwischenzeitliche Prüfung dieser Frage habe ergeben, dass alle Entscheidungen, die der Landtag im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Befugnisse treffe, unter den Begriff des "Beschlusses" fielen. Um dem Plenum eine Beschlussempfehlung vorlegen zu können, müsse der Haushalts- und Finanzausschuss zuvor über die Kenntnisnahme abstimmen.

Manfred Palmén (CDU) weist darauf hin, dass die Finanzplanung das Datum 12. September 2001 trage, und fragt, ob sie nicht als Konsequenz aus der notwendig gewordenen zusätzlichen Schuldenaufnahme von über 3 Milliarden DM nachgebessert werden müsse.

Minister Peer Steinbrück (FM) antwortet, aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen habe die Landesregierung einmal jährlich - und nicht mehrmals jährlich - eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, und zwar im Zusammenhang mit dem Haushaltsentwurf. Deshalb werde er die nächste Finanzplanung mit dem Haushaltsgesetzentwurf 2003 vorlegen.